

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Gottschalck, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 17/11000 –

Neue Impulse für die Förderung des Radverkehrs setzen – Den Nationalen Radverkehrsplan 2020 überarbeiten

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Kühn, Markus Tressel, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 17/11357 –

Nationalen Radverkehrsplan 2020 zum ambitionierten Aktionsplan der Radverkehrsförderung weiterentwickeln

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, bei der weiteren Ausgestaltung der nationalen Radverkehrspolitik des Bundes die in dem Antrag genannten Maßgaben umzusetzen und den neuen Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) 2020 vom 5. September 2012 nach näherer Maßgabe des Antrags zu konkretisieren und klare Ziele und Fristen sowie Maßnahmen zur Zielerreichung und Empfehlungen an die Länder und Kommunen vorzusehen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, den NRVP 2020 nach Maßgabe des Antrags zu überarbeiten und dabei unter anderem verbindliche Lang- und Mittelfristziele sowie konkrete Maßnahmen festzulegen, vorzusehen, dass der Radverkehrsanteil am Modal Split bis 2020 auf mindestens 20 Prozent ansteigen soll und dass die Bundeshaushaltssmittel für den Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen auf mindestens 100 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden sollen. Zudem beinhaltet der Antrag die Forderung, sich zur Schaffung eines flächendeckenden integrierten Radverkehrsnetzes in Deutschland zu bekennen, vorzusehen, dass der Bund die Restriktionen für Kommunen abschafft, Tempo 30

als innerörtliche Regelgeschwindigkeit anzugeben und festzulegen, dass die Einhaltung der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) und anderer relevanter Regelwerke Voraussetzung für die finanzielle Förderung der Radverkehrsinfrastruktur ist.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11000 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11357 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmabstimmung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11000 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11357 abzulehnen.

Berlin, den 19. Juni 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Gero Storjohann
Berichterstatter

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gero Storjohann und Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11000** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11357** in seiner 204. Sitzung am 8. November 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bei der weiteren Ausgestaltung der nationalen Radverkehrspolitik des Bundes die in dem Antrag genannten Maßgaben umzusetzen und den neuen NRVP 2020 vom 5. September 2012 nach näherer Maßgabe des Antrags zu konkretisieren und klare Ziele und Fristen sowie Maßnahmen zur Zielerreichung und Empfehlungen an die Länder und Kommunen vorzusehen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den NRVP 2020 nach Maßgabe des Antrags zu überarbeiten und dabei unter anderem verbindliche Lang- und Mittelfristziele sowie konkrete Maßnahmen festzulegen, vorzusehen, dass der Radverkehrsanteil am Modal Split bis 2020 auf mindestens 20 Prozent ansteigen soll und dass die Bundeshaushaltssmittel für den Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen auf mindestens 100 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden sollen. Zudem beinhaltet der Antrag die Forderung, sich zur Schaffung eines flächendeckenden integrierten Radverkehrsnetzes in Deutschland zu bekennen, vorzusehen, dass der Bund die Restriktionen für Kommunen abschafft, Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit anzutragen und festzulegen, dass die Einhaltung der ERA 2010 und anderer relevanter Regelwerke Voraussetzung für die finanzielle Förderung der Radverkehrsinfrastruktur ist.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11000 in seiner 109. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11357 in seiner 79. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat zu den Anträgen auf Drucksachen 17/11000 und 17/11357 in seiner 86. Sitzung am 28. November 2012 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen (in die Anhörung war auch die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Nationaler Radverkehrsplan 2020 – Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln“, Drucksache 17/10681 einbezogen).

In seiner 102. Sitzung am 24. April 2013 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Anhörung durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil:

Tilman Bracher vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu); Timm Fuchs vom Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), Tilmann Heuser vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Christian Kellner vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR); Siegfried Neuberger vom Zweirad-Industrie-Verband e. V. (ZIV); Wasilis von Rauch vom Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD) und Burkhard Stork vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e. V. (ADFC).

Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 102. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie auf die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen auf Ausschussdrucksache 17(15)544 A–G verwiesen.

In seiner 106. Sitzung am 5. Juni 2013 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die beiden Anträge abschließend beraten (gemeinsam mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Nationaler Radverkehrsplan 2020 – Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln“, Drucksache 17/10681, welche lediglich zur Kenntnis genommen wurde).

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, der NRVP 2020 sei eine gute Fortschreibung des ersten nationalen Radverkehrsplans. Man begrüße, dass in dem Plan eine differenzierte Einbindung der Kommunen nach Maßgabe ihrer jeweiligen Ausgangslage vorgesehen sei. Dies biete gute Handlungsalternativen für Kommunalpolitiker und Stadtplaner. Der NRVP 2020 sei eine gute Grundlage, um den Radverkehr voranzubringen. Die beiden vorgelegten Anträge könne man nicht mittragen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Experten in der Anhörung im Hinblick auf den NRVP 2020 mehr Anstrengungen zugunsten der Verkehrssicherheit und klare Aussagen zur Finanzierung gefordert hätten. Der NRVP 2020 beinhaltet eine gute Analyse, er müsse aber optimiert und konkretisiert werden. Bei dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde man sich der Stimme enthalten, weil es in Detailfragen Differenzen gebe.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die beiden vorgelegten Anträge gingen über das hinaus, was man bezüglich der Förderung des Radverkehrs derzeit für sinnvoll erachte bzw. sie enthielten Forderungen, welche ohnehin bereits im NRVP 2020 berücksichtigt seien. Den NRVP 2020 nehme man zustimmend zur Kenntnis.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, der NRVP 2020 bilde eine gute Grundlage, bedürfe aber der Fortschreibung und Konkretisierung. Dem trügen die beiden vorgelegten Anträge Rechnung, wenn man auch nicht in allen Details mit ihren Inhalten übereinstimme. Die Anträge seien auf die konsequente Fortsetzung einer ernstzunehmenden Radverkehrspolitik gerichtet.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, bei dem NRVP 2020 fehlten klare Maßgaben für die Finanzierung und die Umsetzung. Es sei auch nicht akzeptabel, dass der Bund bestehende Richtlinien zur Gestaltung von Radverkehrsanlagen bei eigenen Projekten bzw. Fördermaßnahmen nicht zugrunde lege. Es fehle auch eine Bedarfsanalyse hinsichtlich der Radwege an Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11000.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfiehlt er die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11357.

Berlin, den 19. Juni 2013

Gero Storjohann
Berichterstatter

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

